

Laufen. Das wirtschaftliche wie das politische Abkommen sind ein Ausdruck der Entschlossenheit Mussolinis, sich von den französischen Forderungen freizumachen, eine Entschlossenheit, die bereits in der letzten überaus wichtigen Senatsrede Mussolinis durchdringt. Damals feingekennzeichnete Mussolini die ganze Verlogenheit Poincarés, mit der er die von Italien gebilligte rein wirtschaftliche und stille Vlandnahme im Ruhrgebiet zu einer militärischen Aktion umhüllte, und riefte mit klaren Worten von der französischen Subpolitik ab. Und wenn auch Mussolini die Frage verneinte, ob Italien mit Frankreich brechen und die Initiative zu einer Annulierung des Versailler Vertrags ergreifen solle, so ist doch die Stellung dieser Frage durch Mussolini schon ebenso bedeutsam wie die Begründung ihrer Ablehnung, daß in der gegenwärtigen Situation eine derartige Politik nur eine kurzlebige Illusion Italiens herbeiführen könnte, und daß er sich die Vorkriegsstellung Englands, den Bruch so lange zu vermeiden, wie es möglich sei, zum Beispiel nehme. Mussolini hat die intime Zusammenarbeit mit England insbesondere auf dem Gebiet der Reparationsfrage als das Ziel seiner nationalen Regierung betrachtet, und darum kann man mit Recht annehmen, daß sich die in erster Linie für die Mittelmeerpolitik bestimmte italienisch-spanische Entente nicht gegen England richtet. Dafür spricht auch das Mißbehagen, das man in Paris über sie empfindet, und das die "Journale Industrielle" dazu veranlaßt, festzustellen: "De tiefer das Mißverständnis zwischen Frankreich und England wird, desto eifriger ist England bemüht, die gleiche Politik der Entente gegen Frankreich einzuleiten, die einstmalig (gegen Deutschland) durchgeführt wurde". Auch Poincaré hat die Gefahr dieser Entwicklung, die in dem Maße wachsen muß, wie Spanien unter dem Einfluß der nationalen Existenz wieder ein Machtfaktor zu werden beginnt, sehr wohl erkannt; denn er hat im Senat seine Absicht kundgegeben, das Garantiefkommen mit England, das er vom Augenblick seines Regierungsantritts an verhindert hat, in eine neue wirksame entente cordiale zu verwandeln, die — mit einer Verbindung nach England — die freie Durchfahrt aller Schiffe durch das Mittelmeer und durch das Rote Meer sichern" solle. England hat zweifellos kein Interesse daran, mit Frankreich zusammen das Mittelmeer zu beherrschen, aber es hat bereits durch die hart gewachsene Kompromissbereitschaft Frankreichs wenn auch sehr geringe Vorteile aus der neuen Lage ziehen können. Man wird sicher die Bedeutung der italienisch-spanischen Annäherung nicht überschätzen dürfen. Sie ist im Augenblick sogar sehr gering. Aber es liegt doch durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die entschlossene und von hartem politischen Willen getragene poli-

tiische Initiative des italienischen Staatsmanns vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung in dem Prozeß der Neubildung der internationalen Gesamtsituation werden kann, wenn sie von England getätigt wird. Die Auflösung der Entente, die mit dem Zusammenbruch Deutschlands Zweck und Ziel verloren hat, vollzieht sich mit notwendiger Folgerichtigkeit, aber ein politischer Prozeß von so angelegener Bedeutung kann nicht so schnell vor sich gehen, daß Deutschland heute im Augenblick seiner schwersten Krise davon irgendeine Hilfe erwarten dürfte. Zweifellos hat die Liquidation an der Ruhr die Ententeziffern verhärtet, das zeigt sich schon an der immer härteren Fassung der französisch-englischen Kontrakte, aber ihre Vollzuehung werden auf absehbare Zeit hinaus immer wieder Kompromisse sein müssen. Im Augenblick ist das um so notwendiger für England, weil sich die Regierung Baldwin gar nicht mehr für autorisiert hält, vor den Neuwaren, grundlegenden Beziehungen in außenpolitischen Fragen zu lassen. Aber auch wenn England eine neue starke Regierung hat, wird es, je bedrohlicher das Anwachsen der politischen und wirtschaftlichen Macht Frankreichs in Europa wird, desto darauf bedacht sein, einen offenen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Es wird vielleicht versuchen, durch Drohungen mit dem Bruch die Stellung Poincarés bei den französischen Wahlen im Frühjahr zu erschüttern, aber es wird den Bruch so lange vermeiden, bis seine Heise auf lange Sicht eingestellter Politik zu einer Umstellung der politischen Gesamtlage geführt hat. Und man braucht heute kaum noch daran zu zweifeln, daß die neue englische Regierung, der man die Entscheidung überläßt, den Ausweg aus den augenblicklichen französisch-englischen Differenzen dadurch finden wird, daß man sich an der geschäftlichen Ausbeutung des Ruhrverbrechens beteiligt, daß man aber zugleich irgendeine Formel aufstellt, durch die man an der Ueberzeugung der Rechtsminderheit des Ruhrverbrechens festhält, um jedermann, wenn man im Augenblick für gekommen hält, einen Angriffspunkt zu haben. Auf jeden Fall wäre es eine neue gefährliche Illusion für uns, von einer neuen englischen Regierung im Augenblick irgendwelche greifbaren Vorteile für Deutschland zu erwarten. Wir können die ähntlichen Momente, die sich in der internationalen Politik zeigen, lediglich feststellen, aber wir können wenig tun, sie zu fördern. Wir werden die ganze erdrückende Schwere der von Poincaré erzwungenen Liquidation des Ruhrverbrechens zu tragen haben und können unser Augenmerk nur darauf richten, durch eine Neuordnung unseres Staatswesens unsere Lage soweit erstärkt zu machen, daß wir die beginnende Umstellung der Weltpolitik abwarten können.

Innenminister Liebmann der Gefangene der Kommunisten.

Unter den Äußerungen der sächsischen Regierung. Leipzig, 3. Dez. Die Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlichten in ihrer Nummer vom 4. Dezember unter der Überschrift "Unter den Äußerungen der sächsischen Regierung" einen Artikel aus den Geheimnissen des Innenministers Liebmann:

Vor Verhängung des Ausnahmezustandes in Sachsen war das Bürgerturnen losgelassen und geistlich. Vandalen, Verwüster, Brandstifter, Verpresser kamen fast jede Woche vor. Selbst die demokratische Presse hatte, obwohl sie ursprünglich anderer Meinung war, zugeben müssen, daß in Sachsen die Unruhe außerordentlich groß geworden war. Man hat wiederholt die Frage aufgeworfen, wie es überhaupt in Sachsen zu demartigen Zuständen kommen konnte. Die Lösung dieses Rätsels ist eben so einfach wie verblüffend. Unmöglich des Verboies der kommunistischen Partei wurden im Fraktionszimmer der kommunistischen Landtagsfraktion eine Reihe Papiere beschlagnahmt. Darunter befand sich auch folgendes außerordentlich schäbeneries Dokument, dessen Original sich in unseren Händen befindet. Das denkwürdige Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Mit Uebereinstimmung der Partei wird festgestellt, daß die im Nachtragsartikel Kapitel 40 eingezeichneten Werte zur Bekämpfung besonderer Unruhen nur bei der Bekämpfung von Unruhen verwendet werden sollen. Dresden, den 22. März 1923. Gelesen und bestätigt von: Henner, aca. Liebmann.

Als eine vollkommene Unterwerfung der Sozialdemokraten unter die Wünsche der Kommunisten. Der Sozialdemokrat Liebmann macht dem Kommunisten Henner das Zugeständnis, daß der Radikalfiskus von links in Sachsen vollkommen frei schalten und walten könne, ganz wie es den Sowjets beliebt. Auf Grund des Abkommens gewinnt das folgende Schriftstück eine ganz besondere Bedeutung. Am 14. Juni d. J. erstlich das sächsische Ministerium des Innern mit Nummer 394 U E an das Polizeipräsidium folgende Verfügung:

Nachdem der Landtag den im Kapitel 49 Titel 6 des Nachtragsartikels für 1922 vorgesehene Betrag von 20 Millionen für außerordentliche polizeiliche Maßnahmen während größerer Unruhen, die bis Ende März verwendet werden können, gebilligt hat, überweise ich dem Polizeipräsidium zunächst 1 Million Mark mit der Voraussetzung, sie für den mir unmittelbar unterstellten Regierungsoberkommissar Mierisch zur Verfügung zu halten. Regierungsoberkommissar Mierisch hat mir noch vor Schluß des Rechnungsjahres, des 31. März 1924, die pflichtgemäße Verrechnung schriftlich beizubringen, daß die von ihm entnommenen Gelder im notwendigen Staatsinteresse verwendet worden sind. aca. Minister des Innern, Liebmann.

Als im "notwendigen Staatsinteresse" sollten die dem Regierungsoberkommissar Mierisch auf Anweisung der Herrn Liebmann zur Verfügung gestellten Gelder sofort verwendet werden. Das bei diesem durch den Wert seines Abkommens mit Herrn Henner vollkommen gesicherten Sozialdemokraten Liebmann unter notwendigen Staatsinteresse zu verstehen ist, geht einwandfrei aus der feierlichen Vereinbarung vom 22. März hervor:

Der Kampf gegen rechts, aber vollkommene Freiheit für alle Sowjetbetätigten in Sachsen!

Auch dieses zweite Dokument befindet sich in unseren Händen, außerdem auch ein Teil der Beläge über die verausgabten Gelder, aus denen ameiselsfrei hervorgeht, daß diese bislang lediglich zur Bespiegelung von rechts verwendet worden sind. Wir greifen daraus nur ein besonders interessantes Belegstück heraus. Es hat folgenden Wortlaut:

Ich behalte Herrn Regierungsrat Krüppner 20.000 Mark vorläufige erhalten zu haben, um Erörterungen mit dem Regierungsoberkommissar Mierisch vereinbart, vornehmen zu können. Amdam, den 16. Mai 1923. aca. Rudolf Timpe. Die Summe von 20.000 Mark aus unserem Volk an Millionen gewährt, selbst als persönliche Ersparnisse. Es ist aber zu bedenken, daß diese Summe um Mitte Mai immerhin noch ein Viertel Dollar ausmachte. Aber das ist in schließlicher Nebenache. Viel wichtiger ist, daß diese Beläge durch ein Schreiben des Regierungsoberkommissars Krüppner an den werten Kollegen Mierisch, datiert Amdam, den 29. Mai 1923, eine interessante Veranschaulichung erfahren. In dem Schreiben, das ebenfalls als Original wohl verwahrt ist, ersucht Regierungsoberkommissar Krüppner den Kollegen Mierisch um Wiedererstattung der verausgabten Gelder.

Tamit für heute genug. Wir glauben durch diese dokumentarische Feststellungen den einwandfreien Beweis für solche Fälle geliefert zu haben, die übrigens das lebhafteste Interesse des sächsischen Landtags erwecken müßten. Herr Liebmann verpflichtete sich als Parteimitglied gegenüber den sächsischen Bevölkerung für vollkommene Freiheit zu erklären. Er tut dies unmittelbar vor seiner Ernennung zum Innenminister. Die Verpflichtung gegenüber den Kommunisten Henner erfolgte am 22. März 1923, der Dienstantritt des Herrn Liebmann am 1. April 1923. Der Herr Liebmann ist also Minister des Innern geworden, indem er einen Teil und nicht den schließlichen der sächsischen Bevölkerung, der auf dem Rücken einer verbotenen Partei, die nicht nur gegen die Staatsform, sondern überhaupt gegen den Staat handelte. Vom ersten Tag seiner Amtsführung an ist er gleich seinem Freunde Kelane der Gesinnung der Kommunisten gewidmet. Denn wenn er gewünscht haben würde, einmal wie es seine Pflicht als Innen- und Polizeiminister gewesen wäre, scharf und scheinbar gegen die verwerflichen Umtriebe ehemaliger proletarischer Hunderttausender aufzutreten, dann würde ihm Herr Henner seinen Schein vorsetzen haben, und um die Ministerverantwortung des Liebmann wäre es geschehen. Der sächsische Landtag hat also das größte Interesse daran, sich mit dieser durch ihre Verpflichtung mit den Kommunisten beschlossene Verbindung zu beschäftigen. Aber er hat auch die Verpflichtung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat Herr Ministerpräsident Reiffisch bei der Ernennung Liebmanns zum Innenminister von dem Abkommen mit dem Kommunisten Henner gewußt?
2. Kann er es verantworten, daß Herr Liebmann als Innenminister auch nur einen Tag weiter amtiert, der Verpflichtungen eingegangen ist gegenüber einer seit verbotenen Partei, Verpflichtungen, deren Auswirkung letzten Endes zum Bürgerkrieg führen müßte?

General von Seckl gegen den "Vorwärts".

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 3. Dezember. General von Seckl hat vom "Vorwärts" die Meinung über den Verabschiedung für die sächsischen Nachrichten, die das Blatt über angebliche Entfernung von Offizieren und Unteroffizieren beim Ueberführung solcher nach Besten, die es überhaupt nicht gibt, und zwar wegen Uebergriffen gegenüber der sächsischen Bevölkerung, verlangt und eventuell ein Verbot des Blattes angefordert. Die Redaktion des "Vorwärts" hat die Namhaftmachung ihres Gewerkschaftsmannes (es handelt sich um Telegramme aus Dresden) abgelehnt.

90 000 Billionen Reichsmark von den Franzosen geräubt.

Berlin, 3. Dez. Am 28. v. M. sind die Franzosen abgemals in die Truderei von Marx in Wülshelm a. d. R. eingedrungen und haben dort 90 000 Billionen Reichsmark Reichsbanknoten fortgenommen. (W. T. B.)

Schweres Bergwerksglück bei Sheffield.

London, 2. Dez. In einem Bergwerk bei Sheffield ist infolge Bruches eines Stabes zwei Bahnhöfe in die Tiefe, 40 Bergleute wurden getötet, mehr als 100 verletzt. (W. T. B.)

Die Arbeitsfähigkeit der Sachverständigenausschüsse.

Ohne Amerika keine Lösung.

Weder angenommen, noch verworfen. London, 3. Dez. Der Pariser Berichterstatter der "Times" schreibt: Eine hohe Autorität habe ihm mitgeteilt, daß es, sofern nicht Sicherheit über Amerikas Zustimmung bestehe, zweifelhaft sei, ob die von der Reparationskommission beschlossenen Ausschüsse ernannt würden. Es würde nur Zeitverschwendung sein, wenn ihre Ergebnisse nicht entscheidend wären, und sie könnten nicht entscheidend sein, wenn die Ausschüsse nicht ebenso viel Autorität hätten wie der Ausschub Morgans vom letzten Jahre. Es scheint, als ob Anstrengungen gemacht würden, um die Mitwirkung Amerikas zu erreichen, bevor die Angelegenheit weiter betrieben werde. Es werde gehofft, daß ein Interimbericht des Ausschusses, der sich mit den deutschen Finanzen befaßt, innerhalb einer Woche fertig sein werde, und daß es dem Ausschub ermöglicht werden könne, seine Untersuchung mit mehr Mut fortzusetzen. Aller Augen seien dabei nach Washington gerichtet. Es gehe alle Hoffnung, daß irgend etwas getan werde, wenn es sich wirklich um eine offizielle Einladung handle, so werde die Reparationskommission wahrscheinlich verhindern, ein formelles Ergehen an die Vereinigten Staaten zu senden, damit auf alle Fälle private Personen ermächtigt werden, an der geplanten Untersuchung teilzunehmen.

London, 3. Dez. Der Washingtoner Berichterstatter der "Times" schreibt: Die amerikanische Regierung habe die informelle Einladung der Reparationskommission, Mitglieder für die von ihr beschlossenen Ausschüsse zu ernennen, weder angenommen, noch verworfen. Als der amerikanische Botschafter in der Kommission, Pagan, die Angelegenheit übermittelte, daß die Amerikaner die amerikanische Vertretung befragen würden, habe das Staatsdepartement mit einem Ergehen um weitere Informationen darüber geantwortet, was zu tun geplant sei, und ob und bis zu welchem Grade die Ausschüsse freie Hand behalten sollten. Der Berichterstatter der "Times" nennt es im voraus sicher, daß die Vereinigten Staaten heute nicht geneigter sein dürften, als vor einem Jahre, als einer Reparationsuntersuchung anzuwärtigen, die keinerlei wesentliche Ergebnisse verspreche, und schließlich: Was nun die in Paris gemachten Vorschläge betreffe, daß amerikanische Bürger sich privat an den beiden Ausschüssen beteiligten, so müsse daran erinnert werden, daß Männer von Bedeutung es sicher ablehnen würden, ohne die volle Zustimmung ihrer Regierung zu handeln. (W. T. B.)

Frankreich für eine europäische Front gegen Amerika!

Paris, 3. Dez. "Le Nouvelliste" schreibt zur Stellungnahme der Vereinigten Staaten gegenüber dem letzten Kompromiß der Reparationskommission: Diese habe es vermieden, von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu sprechen, und einen Umweg eingeschlagen. Diese bewährte Taktik aber hätten die Vereinigten Staaten durchkreuzt. Das Blatt erinnert an seine wiederholte Erklärung, daß die Reparationsfrage vor allem eine amerikanische Frage sei, und sagt: Da Amerika sich in eine splendid isolation

zurückgezogen habe, sei eben für den Augenblick die Reparationsfrage unlösbar. Die einzige Methode, zum Ziele zu kommen, werde nach Ansicht des Blattes darin bestehen, daß man zuerst einmal ein einiges Europa (1) wiederherstelle und ihm damit ein Minimum von wirtschaftlicher Stabilität wiedergebe. In diesem Augenblick, und nur in diesem Augenblick würde einer Gruppe kontinentaler Mächte möglich sein, den Amerikanern zu sagen: Kommt nun und eröffnet uns Kredite! Die Vereinigten Staaten könnten wohl zu einer oder zwei Nationen Nein sagen, nicht aber zum gesamten Kontinent. (W. T. B.)

Mac Neill über die Politik gegenüber Frankreich.

London, 3. Dez. Der Unterstaatssekretär des Außenere, Mac Neill erklärte in einer Wahlrede, die Politik, die General Smuts dargelegt habe, sei tatsächlich die Politik, die die Regierung seit einem Jahre beharrlich verfolgt habe. General Smuts habe vor seiner Abreise in seinem eigenen, und wie er glaube, auch im Namen einiger der übrigen Dominionen unbedingtes und vollkommenes Vertrauen zu Lord Curzon, als dem Vater der Außenpolitik, der britischen Regierung ausgedrückt. Wenn der Grundgedanke, den die Liberalen vorbrächten, überhaupt etwas bedeute, so sei das logische Ergebnis dieser Politik, daß man bereit sein müsse, Arien gegen Frankreich zu führen. Es sei zweifellos, Frankreich zu lassen, es müsse das Ruhrgebiet verlassen, wenn man nicht bereit sei, es daraus zu vertreiben. (W. T. B.)

Lord Birkenhead gegen die deutsche Konkurrenz.

London, 3. Dez. Lord Birkenhead erklärte in einer Wahlrede in Newcastle, vor dem Abzuge seien 44 Prozent der Wähler britisch gewesen. Dieser Satz betrage jetzt fünf Jahre nach dem Abzuge, nur 38 Prozent. Jedes Land in der Welt habe seine Tonnage in größerem Verhältnis als Europa vermehrt. Birkenhead stellte an die Anhänger der freien Ausfuhr, insbesondere die Arbeiterpartei, die Frage, ob sie bereit seien, unbedingte die Ansicht abzulehnen, daß die deutsche Nation mit England konkurriere, nicht nur im Schiffbau, sondern auch in den Schiffsraketen, und unter Bedingungen, die durchaus eine Verwertung des Gemeinwohlsprinzipals seien. Die vollständige Hebung der Arbeitslosigkeit sei nur erreichbar, wenn die Welt von den Wunden des letzten Krieges geheilt sei. Die Lösung der Schwierigkeiten des Landes und die Wiederherstellung der Märkte Europas hänge von der Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen England und Frankreich ab.

Nur starkes englisches Handeln kann helfen.

London, 3. Dez. Der "Observer" schreibt: Es sei Poincaré zu lange geschaltet worden, zu glauben, daß die britische Geduld unerschöpflich sei. Nur ein hartes Handeln könne irgendeinen Einfluß auf die französische Denkart haben. Wenn sich die von Poincaré in der letzten Zeit erzielte Verhältnismäßigkeit als etwas Dauerndes erweise, so könne alles gut werden. Wenn nicht, so müsse diese somnische Frage einer Entente kurzerhand beendet werden. (W. T. B.)

Deutscher Einspruch gegen die Sanktionen im Falle Graff.

Der belgische Nachmißbrauch.

Berlin, 3. Dez. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat am 29. November d. J. der belgischen Regierung eine Note folgenden Wortlautes übergeben:

Wie die deutsche Regierung belgischen Zeitungsberichten entnehmen, hat am 28. d. M. ein Vertreter der belgischen Regierung in Trierburg rollendes Eisenbahnmaterial beschlagnahmt, das zur Ablieferung an die deutsche Reichsbahnverwaltung bereitstand, und dabei erklärt, das beschlagnahmte Material solle liquidiert werden, um aus dem Erlös die von der belgischen Regierung vergeblich geforderte Entschädigung für die Tötung des Leutnants Graff anzukufen der Familie des Getöteten und des belgischen roten Kreuzes in Höhe von zusammen 1 200 000 Franken zu bezahlen.

Die deutsche Regierung muß somit zu ihrem Bedauern feststellen, daß die königlich belgische Regierung ihre Drohung verwirklicht und die ihr im besten Gebiete zur Verfügung stehende Macht dazu mißbraucht hat, um eine reine Rechtsfrage im Sinne ihrer einseitig erhobenen Forderung zu entscheiden, ohne diese Rechtsfrage, entsprechend dem Vorschlage der deutschen Regierung, dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten, der die verurteilte Instanz für die unparteiische und gerechte Erledigung der Angelegenheit gewiesen wäre. Die deutsche Regierung muß des ferneren feststellen, daß die königlich belgische Regierung in dem mit dem Falle des Leutnants Graff zeitlich und ursächlich ausengte verbundenen Falle der Entschädigung des deutschen Polizeibeamten Chmielowski noch nicht die geringste Entschädigung angeboten oder gezahlt hat. Die deutsche Regierung legt gegen dieses nicht nur dem Völkerrecht, sondern jedem Gerechtigkeitsempfinden widersprechende Verhalten Ermahnung ein. (W. T. B.)

Der direkte Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdener Nachrichten.") Paris, 3. Dez. Nach Mitteilungen von offizieller Seite soll die vorgesehene in Mainz zwischen der Reichsbahnverwaltung und der belgisch-französischen Eisenbahnregale abgeschlossene und unterzeichnete Abmachung am 10. Dezember in Kraft treten und die Wiederaufnahme des seit dem 11. Januar unterbrochenen direkten Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet ermöglichen. Die Abmachungen behandeln die Personenfrage, die Uebergangsbestimmungen zwischen beiden Mächten, die Fahrpläne, die Verteilung der Einnahmen, die an die Regale zu machenden Lieferungen in Waggons, Lokomotiven und sonstigen Materialien. Sie betreffen jedoch noch keineswegs alle Schwierigkeiten. Die deutsche Eisenbahnverwaltung hat, wie verifiziert wird, nachdrücklich die Ueberleitung von Personennamen von einem Rege zum anderen mit Ausnahme der internationalen Durchgangspässe abgelehnt. Der Uebergangsverkehr müsse insoweit an den Grenzstationen selber Rege durch Umsteigen bewerkstelligt werden. Eine Bestätigung des Abchlusses der seit einigen Tagen im Gange befindlichen neuen Verhandlungen war bisher nicht zu erlangen.

Mainz soll eine Ruhe zahlen.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdener Nachrichten.") Paris, 3. Dez. Ein Beschluß der Rheinlandkommission verurteilte die Stadt Mainz zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 100 000 Goldmark an die Witwe des Professors Constant, der gelegentlich der separatistischen Unruhen am 23. Oktober beim Verlassen eines Bergwundens durch einen Sturz getötet wurde. Im Falle der Zahlungsbereitschaft der Stadt Mainz soll ein entsprechender Betrag in den Kassen der Stadt gewaltsam beschlagnahmt werden.

W. T. B. 333

Beginnender Preisabbau für Lebensmittel.

Sinkende Fleischpreise.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 3. Dez. Der schon seit langem ersehnte Abbau der hohen Lebensmittelpreise scheint sich jetzt vorbereiten zu wollen. Zunächst macht er sich allerdings nur auf einzelnen Gebieten und zögernd bemerkbar. Vor allem fällt der Preisrückgang für Fleisch in die Augen, der seit Sonnabend im Durchschnitt 10 Prozent beträgt. Im Anschluß an die Konferenz im Reichsernährungsamt, die der Senkung der Fleischpreise galt, haben noch am Sonnabend Viehhändler, Engroschächter und Wadenfleischler beschlossen, einen weiteren Abbau der Preise eintreten zu lassen. Der Verbrauch ist seit einiger Zeit erheblich zurückgegangen, das Angebot dagegen größer geworden, was mit darauf zurückzuführen sein dürfte, daß dem Fleischergewerbe Rentenmarkt in größerer Menge zur Verfügung gestellt wurden, und so auch dem ländlichen Produzenten wertbehaftetes Vieh gezahlt werden konnte. Die Senkung der Preise kommt schon seit Sonnabend in den Fleischmärkten zum Ausdruck. So ist z. B. Rindfleisch von 4,9 auf 3,2 Millionen im Preise gefallen. Auf dem heutigen Viehmarkt war das Angebot erheblich größer als die Nachfrage. Man rechnet damit, daß noch eine weitere Preisermäßigung eintreten wird. Es soll auch der Versuch gemacht werden, auf dem Vieh- und Fleischmarkt die Goldnotierung einzuführen, und man will danach streben, die Fleischgoldpreise möglichst den Friedenspreisen anzupassen.

Herabsetzung der Berliner Brotpreise.

Berlin, 3. Dez. Hier hat heute eine Herabsetzung der Brotpreise stattgefunden, und zwar wurde der Einheitspreis für helles Brot von 100 auf 70, für dunkles Brot von 84 auf 75 Goldpfennige festgelegt. (W. T. B.)
 Berlin, 3. Dez. In der Berliner Preisprüfungsstelle fand heute vormittag laut „8-Uhr-Abendblatt“ eine Besprechung mit Vertretern des Großhandels und der Einzelhandelsvereinigungen über den Preisabbau statt. Im Laufe der

Aussprache wurde ein allgemeiner Abbau der Goldgrundpreise im Handel zugelassen. Im Lebensmittelhandel soll die Preisermäßigung bereits morgen eintreten und durchschnittlich 10 bis 12 Prozent betragen. Auch in anderen Zweigen des Handels ist mit einem Preisrückgang zu rechnen. (W. T. B.)

Beginnender Rückgang auch der Dresdner Fleisch- und Fettpreise.

Am Sonnabend machte sich in Dresden ebenfalls eine sinkende Tendenz der Fleischpreise bemerkbar, wenn auch nur in schwachem Maße. Am getragenen Montag trat diese Senkung aber schon mehr in die Erscheinung, da die Preise für Fleisch nun um durchschnittlich 15 Prozent gefallen sind, und zwar, wie aus Fleischerkreisen gemeldet wird, nicht durch zwangsweise Senkung, sondern als Ergebnis der Preise auf dem Schlacht- und Viehmarkt.

In den Fettwaren war dagegen bei hartem Angebot ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Schweinefett war von 2 Millionen bis auf 1,5 Millionen, Speck bis auf 2,5 Millionen gesunken, während er in den letzten Tagen noch teilweise bis zu fast 5 Millionen gehandelt hatte. Butter war gestern schon mit 1,7 Millionen im Preise gefallen, am Sonnabend und 2,2 am Freitag. Die Margarine konnte dagegen ihren Preisstand fast unverändert bewahren. Die Brot- und Milchpreise haben sich noch nicht geändert, ebenso die anderen Nahrungsmittel (Gemüse, Fisch).

Ein englischer Valulakredit für Deutschland.

Berlin, 3. Dez. Die deutsch-englischen Verhandlungen über die Erlangung eines Valulakreditkredites haben angeblich einen günstigen Verlauf genommen. Voraussichtlich wird Reichsminister Stresemann dem Reichstag schon am Dienstag hierüber nähere Mitteilungen machen. Es soll sich um einen Kredit von 100 Millionen Goldmark zur Stützung der deutschen Währung handeln.

Derliches und Sächsisches.

Wahlengemeinschaft Sächsische Werke.

Die Regierung beschließt, wie bekannt, die staatlichen Stahlwerke und die staatlichen Elektrizitätswerke in eine Wahlengemeinschaft unter der Bezeichnung Aktiengesellschaft Sächsische Werke umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt werden. Danach sollen die übrigen Werkbetriebe, die Hüttenwerke, das Maschinenwerk, die Holzwerke und die Porzellanmanufaktur als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und in ihrer bisherigen Weise auch fernerehin bewirtschaftet werden. Die in Weichen aufgetretene Feinrubigung, daß die Porzellanmanufaktur einer Vorkasse ausgeteilt werden würde, ist daher völlig unbegründet.

Der Reichsarbeitsminister gegen die Doppelverdiener.

(N) Dem sächsischen Arbeitsministerium ist nachstehendes Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zugegangen, das bei seiner Wichtigkeit weiteste Beachtung in Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerkreisen verdient:

Es mehren sich die Klagen, daß sogenannte Doppelverdiener, insbesondere verheiratete Frauen, deren Männer voll beschäftigt sind, in Arbeit stehen, während zahlreiche erwerbslose Männer und Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, sich vergebens um Arbeit bemühen. Wo diese Verhältnisse gegeben sind, werden Personen, die auf Erwerb angewiesen sind, der Erwerbsmöglichkeit beraubt, während auf der anderen Seite in den Familien der Doppelverdiener nicht selten verhältnismäßig hohe Einkünfte erzielt werden.

In der Tat liegt hier ein Mißstand vor, der in den weitesten Kreisen der Bevölkerung empfunden wird. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat bereits am 19. März 1923 hierauf hingewiesen und eine Bestimmung beantragt, welche die Gemeinden ermächtigt, Arbeitgeber zuzunehmen, Erwerbsloser zur Freimachung solcher Arbeitsstellen anzuhelfen, in denen Doppelverdiener beschäftigt sind. Ich habe damals die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands um eine autarkische Untersuchung zu der Anregung des Städtetages ersucht. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat mir mit Schreiben vom 28. Juni 1923 mitgeteilt, daß der Vorstand des Deutschen Städtetages von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgelehnt wurde. Die Erfahrungen bei der Durchführung der früheren Freimachungsverordnungen hätten ergeben, daß eine wirklich einwandfreie Prüfung der Verhältnisse der Doppelverdiener fast unmöglich sei und peinliche Ermittlungen vorzuziehen, ohne daß eine Gewähr abgeben sei, daß unberechtigte Vorteile vermieden würden. Ein gezieltes Zwangs zur Entlassung von Doppelverdienern erscheine daher unzulässig.

Diese Auffassung halte ich auch heute noch für zutreffend. Ich möchte glauben, daß auf einfachere und zweckmäßigere Weise als durch einen gesetzlichen Zwang dem Mißstand dadurch begegnet werden sollte, daß die Arbeitgeber von sich aus die sogenannten Doppelverdiener möglichst durch Erwerbslose, die auf Erwerb angewiesen sind, ersetzen. Selbstverständlich soll dabei nicht schematisch verfahren, sondern den Gesichtspunkten einer rationalen Wirtschaftsführung Rechnung getragen werden. Ich bitte daher, in erster Linie jedenfalls die Freimachung sogenannter Doppelverdiener unzulässig zu vermeiden. Soweit Doppelverdiener aber bereits beschäftigt sind, bitte ich, sie insoweit durch Erwerbslose, die auf Erwerb angewiesen sind, zu ersetzen, als es nach den Betriebsverhältnissen und unter Vermeidung ungerechtfertigter Härten im Einzelfalle möglich ist.

Tabel möchte ich darauf hinweisen, daß § 13 der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 für den Fall, daß Arbeitnehmer zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl entlassen werden sollen, die Berücksichtigung der Arbeitnehmer mit unterhaltsbedürftigen Angehörigen vordringlich und daß die Aufhebung dieses § 13 durch die Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsfreistellung vom 15. Oktober 1923 nicht etwa bedeuten sollte, daß der Grundtatbestand § 13 verlassen werden soll. Vielmehr habe ich angefaßt, daß die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, wie sie § 13 vordringlich, inwieweit so sehr zum allgemeinen anerkannten Grundgesetz bei Entlassungen geworden ist, daß er auch ohne ausdrückliche Bestimmung beachtet und in Streitfällen im Wege des § 84 Abs. 1 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes sicherzustellen werden wird.

Das Wehrkreiskommando zu der Schießerei in Neßtaun.

Zur Nichtigstellung des Vorfalles in Neßtaun, wo es zur Schießerei zwischen Landespolizei und Reichswehr kam, gibt das Wehrkreiskommando folgendes bekannt: Zwei Reichswehrsoldaten in Zivil hatten Antrag, den Lagerverwalter Hirsch zu besuchen. Während der eine sich in die Wohnung des H. begab, nahm der andere Aufstellung vor dem Hause, um einen Fluchtversuch zu verhindern. Hirsch leistete bei seiner Festnahme Widerstand, schloß den ihn festnehmenden Soldaten mit seinem Hammer ein und rief Zivilisten von der Straße herbei, um ihn zu ent-

Die Umgestaltung der Arbeitszeit.

Beamtenabbau und Neunstundenlag.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 3. Dez. Ueber die Pläne der Reichsregierung zur Umgestaltung des Achtstundentages für die Beamten liegen jetzt konkretere Vorschläge vor. Wie aus Beamtenkreisen mitgeteilt wird, ist beabsichtigt, den Neunstundenlag durchzuführen. Es soll also künftig 9 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Von Seiten der Beamtenenschaft wird der Durchführung des Neunstundenlages ernsthaft kaum Widerstand geleistet werden, da man sehr wohl einseht, daß auch die Arbeitszeit der Beamten verlängert werden muß, nachdem auch der Achtstundentag für die Privatarbeiter und Angestellten in der Weise aufzuheben worden ist, daß je nach Tarifabkommen neun Stunden, wenn es die Umstände erfordern, sogar 10 Stunden gearbeitet werden soll. Die Arbeiterenschaft hat sich mit diesen Änderungen nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß auch die Beamten nicht mehr am Achtstundentag unbedingt festhalten. Einschnittpunkt ist jedoch die Forderung, daß die Bezahlung der Beamten beim künftigen Neunstundenlag nicht höher sein wird, als beim augenblicklichen Achtstundentag. Die Reichsarbeiter, die Stundenlohn empfangen, werden vom Neunstundenlag profitieren, denn bei ihnen wird die Stunde Mehrarbeit bezahlt werden. Dagegen in dem mit der Umgestaltung des Arbeitstages wird auch der Abbau der Beamten und Angestellten des Reiches vor sich gehen. Hierunter werden in der Hauptsache die Angestellten und die jüngeren, nicht planmäßig angestellten oder außerordentlich angestellten Beamten betroffen.

Die bayrische Sozialdemokratie gegen den Zehnstundentag der Beamten.

München, 3. Dez. In einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteifunktionäre wurde festgestellt, daß sich in der letzten Zeit eine organisierte Opposition in der Partei herausgebildet habe, die den Parteiausschuss anzufragen habe, dagegen Stellung zu nehmen. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen nachdrücklich betont wird, daß die Einheit der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müsse. Zu den Novembernotizen wurde erklärt, die von der örtlichen Parteileitung während des Dittler-Putschs ausgesandene Parole sei die einzig richtige gewesen. Schließlich wurde in einer Entschlüsse noch ausgesprochen, daß in Bayern zur Verringerung des sozialen Elends noch weitere Schritte seien. Die neue Reichsregierung habe durch die Einführung des Zehnstundentages für Beamte bei der Sozialdemokratie in der Schicksal bestünde. Die Partei wird aufgefordert, gegen den Zehnstundentag allen Ernstes Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. Die Beamten werden aufgefordert, den Kampf aufzunehmen. (W. T. B.)

Keine Einigung in Essen über die Arbeitszeit.

Essen, 3. Dez. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Industriellen wegen Wiedereinführung der Zehnstunden-Arbeitszeit sind gescheitert, da die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärten, am Achtstundentag festhalten zu müssen. Auch die Verhandlungen der Arbeitnehmervertreter mit der Firma Krupp sind aus dem gleichen Grunde abgebrochen worden.

In einem gewissen Gegenzug hierzu steht folgende Meldung:

Bodum, 3. Dez. In einer von etwa 500 Arbeitern besuchten Versammlung wurde von den Gewerkschaftsführern die Lage der Industrie besprochen. Man beschloß, an dem gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten, erlaube aber die Notwendigkeit der Überstundenarbeit wegen der wirtschaftlichen Lage an. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung werden in Essen 60 Prozent der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise erhalten.

Bayrische Sparpolitik.

München, 3. Dez. Ueber Sparmaßnahmen teilt die Korrespondenz Hofmann mit: Die Finanzlage des bayrischen Staates ist außerordentlich ernst. Der Finanzminister glaubt die Verantwortung nur noch tragen zu können, wenn mit größter Beschleunigung die notwendigen Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung durchgeführt werden. Die Staatsregierung hat nun in einer Bekanntmachung gewisse vorbereitende Maßnahmen zur Einleitung einer großzügigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung weist auf die Notwendigkeit hin, daß einerseits die Anleihe der Steuern und sonstigen Einnahmen an den augenblicklichen Wert des Geldes und andererseits weitestgehende Einschränkungen aller Ausgaben erfolgen müssen, damit sie durch ordentliche Einnahmen wieder gedeckt werden können. Die Bekanntmachung stellt Grundzüge auf, nach denen Verfahren werden soll. Es handelt sich um Maßnahmen, zu deren Ausführung die Staatsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit ermächtigt ist. Darüber hinaus soll, wie wir hören, durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung weitestgehende Befugnis für die Wiedererrichtung des Staatshaushaltes gefordert werden. (W. T. B.)

Gegen Hitler und Ludendorff wird vor dem Münchner Volksgericht verhandelt.

München, 3. Dez. Der Prozeß gegen Hitler, Ludendorff und die übrigen Teilnehmer am Münchner November-Putsch dürfte in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst im Januar nächsten Jahres, und zwar vor dem Volksgericht in München. (W. T. B.)

„Die Weber.“

Schauspiel von Gerhart Hauptmann.
 Erkaufführung im Schauspielhaus.
 2. Dezember 1923.

Das Gerhart Hauptmanns „Weber“ Drama immer aufwühlend und ergreifend, liegt in der Natur des behandelten Themas: die Not. Die ist immer da, so oder so, und es ist Sache der Gesellschaft, sie zu bekämpfen. Ueber die Mittel und Wege gehen freilich die Ansichten auseinander. Ueber allen Mitteln der Selbsthilfe steht das Geld, das noch kein Staat entbehren konnte. Als Hauptmann auf Grund mündlicher und schriftlicher Ueberlieferungen mit der peinlichen Gewissenhaftigkeit des konsequenten Naturalisten von 1892 den Zustand der Weber im schlesischen Enden-gebirge 1844 in fünf große dramatische Bilder formte, schuf er als Dichter, nicht als Parteimann, der er nie war, und als im Kampfe um die Aufführung der „Weber“ das Verbot aufgehoben werden sollte, schrieb er in einem Verteidigungsbriefe: „Ein Kunstwerk und nichts Geringeres war mein Ehrgeiz, und ich hoffe, daß dies für alle Kunstverständigen zum Ausdruck gekommen ist, — es sei denn, daß man es mit als Verbrechen an der Kunst anrechnen wolle, daß die christliche und allgemein menschliche Empfindung, die man Mittel-Leiden nennt, mein Drama hat schaffen helfen.“ Das ist klar und unzweifelhaft und hebt das Werk aus der politischen Sphäre in die der reinen Dichtung. Das bedeutet natürlich nicht, daß die soziale Forderung des Dramas nach Gerechtigkeit und Gerechtigkeit für die Notleidenden irgendwie enttrübt würde. Die Schrift laut aus dem unerbittlichen Elendsgemälde, und daß sie solange überhört werden konnte, hat viel Elend in die ganze menschliche Gesellschaft gebracht. Aber bei dieser Forderung läßt es der Dichter nicht bewenden. Er stellt den alten Vater Hille an den Schluss des Werkes, der eine Öffnung hat, eine Gewißheit, eine Ahnung von dem höheren Sinn der irdischen Zwiespälte, die eine Notwendigkeit des Entwicklungsgesetzes sind. Der alte Hille kann als unschuldig Opfer fallen; die höhere Ordnung des Ganzen setzt sich doch in dieser oder jener Form durch.

So sind die „Weber“ wohl ein soziales, aber kein sozialistisches Drama. Ihre seit dreißig Jahren bewährte Wirkung hat etwas Ueberzeitliches. Darum können sie in allen politischen Zeitlagen verstanden und — mißverstanden werden. Sie rufen laut an die Gewissen, aber sie fänden auch die ausgleichende Gerechtigkeit. Einst wirkten sie fast nur politisch tendenziös; heute wirken sie viel reiner allgemeinemenschlich, allerdings auch viel historischer und zeitlicher. Die Parallele zu den Verhältnissen unserer Tage läßt sich schwer ziehen, denn unsere Not fließt aus viel umfangreicheren

Uebeln, aus weltumspannenden Problemen heraus. Man möchte sagen: der Hunger der Weber war die Folge schlechter Löhne — unsere allgemeine Not ist der schlechte Lohn der Welt für unser deutsches Wesen.

Nicht zum ersten Male erschienen die „Weber“ auf einer Dresdener Bühne. Zuletzt wurden sie vor zehn Jahren im Albert-Theater in seinen verheißungsvollen Anfängen mit dauernder Wirkung gespielt. Das Staatstheater hat sie jetzt mit den ganzen reichen äußeren Mitteln, über die es noch verfügt, wichtig und maßig heraufgeführt. Georg Kieckhafer hat eine tatkräftige, umichtige Arbeit daran gesetzt und darauf ein wohlgelegenes Werk zurückgelassen. Er hat der Dichtung ihr volles Recht gegeben, nichts gedämpft und nicht übertrieben. Allerdings, die selbstlose Anschaulichkeit der Hauptmannschen Schilderung läßt sich seinen Spielraum für Abweichungen von der vorgeschriebenen Linie. In gewissem Sinne spielen sich die Szenen von selbst. Die stoffliche und die dichterische Gewalt ist innig verbunden darin. Die Elendmalerei des ersten Bildes, grau in grau, die aufpeinlichende Vorlesung des „Dreißiger-Liedes“ in Vater Baumerts Dütte, die gegenwärtige Kupferung der Webermassen im Hirtenshaus, die Stürmung von Dreißigers Wohnung, die febrile Erregung des revolutionären Kampfes mit den Truppen am Schluss — das alles reißt sich von selber hoch. Damit ist keine Verungünstigung der Regiearbeit ausgedrückt. Im Gegenteil: diese vorwärtstreibenden, aufsteigenden Erregungsströme im einzelnen technisch zu gliedern, zusammenzukitteln, hochzuführen, erfordert eine Umficht über das Ganze und eine Sorgfalt fürs Einzelne, die außerordentlich sind. Kieckhafer hat es bezwungen.

Höchstens im Tempo verlor er einiges. Im ersten Akte schleppte die Ansprache Dreißigers, den Votter Weber mit brutalen Beschuldigungen und imponierender Haltung gab; sie muß herabfamer, verbender kommen. Im zweiten Akte sollte Anzorgs Empörung (Decarli) ihn in der Wüste eines bärtigen Waldmenschen voller und größerer herauslingen; dafür ist der irrtümliche Wutausbruch Anzorgs im vierten Akte eine erschütternde Episode. Daß die Wirkung des Hirtenshauses ziemlich verlangte, scheint mir Mißschick der Melodie des Dreißiger-Liedes zu sein, das fast trübsalhaft und nicht fortreißt. Es gibt da eine viel aufregendere, rühmlichere Weise. Wilde Massenerregung beschließt den vierten Akt, eine anrührende Camrose mit tollen Ausbrüchen eingeleitet.

Faßt die gesamte Künstlerkraft ist beteiligt und viele Helfer dazu. Die Typen der Weber sind nach den künstlerischen Vorbildern der Aile Kollwitz gezeichnet; der Kreis des Fabrikanten ist hiebemeierlich porträtiert, darunter Alice Berger als Frau Dreißiger eine fählich echte Figur. Da war auch sonst keine Reibesehung. Vindner gibt ein über-

zeugend echtes Bild des selbstgefälligen Reservisten Moritz Jäger, heiter und frisch, mit wohlthuenden Hülftüchern des Humors. Kleinofschagg von früherer Bedrohlichkeit als „roter Becker“, Ponto mit greisenhafter Erregbarkeit als Vater Baumert, Stella David ein erschütterndes Bild menschlichen Jammers als Mutter Baumert, Olga Fuchs als verzweifelte Weberin ungemein stark, Karsch als furchtbare Zämmerring Pfeffer mit der Komik des Erbärmlichen, dann am Schluss Werner als alter Hille in viktorianischer Krämmerlei, Villa Kann als einfaches Revolutionärin, Paulsen als plattgebeiterter, wehmütiger Gottlieb — das alles sind runde und volle Gestalten, zu denen sich die Typen Wierichs, Detmers, Müllers, Weinstyts, Söhners, der Salbach und vieler anderer festzeichnen lassen. An Kraft und Gewandtheit verlagte Schröder als Schmitz Wiltz an wichtiger Stelle. Klein als künstlerische Arbeit und Leistung Kleins, Brandts, Kants, Rahfenes und ihrer Helfer in die „Weber“-Aufführung mal wieder ein großer Wurf. Die Dichtung Hauptmanns wird mit ihrer die Leidenschaftlichen entscheidenden Wunden verlebendenden Wiederhall finden, wie schon am ersten Abend sage Ablehnung und laute Zustimmung miteinander kämpften.

Dr. Felix Zimmermann.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Hohenzollern“ (136). Schauspielhaus: „Macht“ (7). Neuhäuser Schauspielhaus: „Nauvögeln“ (158). Residenz-Theater: „Der letzte Walzer“ (158). Neues Theater: „Wozzeck“ (158).

† Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Infolge mehrfacher Entlassungen im künstlerischen Mittweg, am 6. Dezember, nicht „Die Bohème“, sondern „Aida“ mit Büffel, Irma Terzani, Elia Stanzner, Battiera, Jottman, Burg. Tänze mit Suzanne Tombois und Kreidewitz. Musikalische Leitung: Ludwig Bach. Spielleitung: Stagemann. Anfang bereits 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus: Die Ausgabe der Anrechtarten für den Rest des zweiten Teiles der laufenden Spielzeit erfolgt an die Anrechtshaber nur von Donnerstag, den 6., bis zum Sonnabend, den 8. Dezember, und zwar in der Zeit von vormittags 10 bis 2 Uhr und von nachmittags 4 bis 8 Uhr an der Kasse des Schauspielhauses. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der bei der letzten Einzahlung ausgegebenen Eintrittskarten. (Wiederholt.)

Mittwoch, den 5. Dezember, das Poffenspiel „Schluck und Frau“ von Gerhart Hauptmann, mit Alfred Reyer und

Neu erschienenen Gesetzbücher.

Da der Stadtschulrat, Herr Schulrat, 1. Oberlehrer, Nummer 242, liegt das Gesetzbuch, Teil 1, Nr. 118 bis 119, und Teil II, Nr. 48 bis 49, zur Ansicht aus. Es enthält: Neue Verordnung über die Anstellung von Lehrern...

Ukraine, Weichsel, Georgien, Westsibirien, Armenien und der Republik des Kaukasus über die Ausdehnung des Vertrags von Rapallo; Zweite Verordnung vom 9. November 1923 zur Ausführung...

Neue Erfindungen.

Der im 3. Nachtrag zum Patentrecht für den Bereich der Verwaltung der Stadt Dresden angegebene Einheiten eines Maßstabes, nämlich: ein Handwerker beträgt in der Zeit vom 25. November bis 1. Dezember 43 Goldpfennige.

Die Raufe der südlichen Elektrizitätswerke

ist seit dem 2. Dezember unter Nr. 3112 an das Ortsamt in Dresden angeschlossen (Mitarbeiter Nr. 10 000).

Museum für Völkerkunde. Die Sonderausstellung „Mongolei“ in der Crangerie-Draußen-Garten ist während der Monate Dezember und Januar geöffnet.

Die Dresdner Briefmarken- und Manuskriptvereinigungen. Die Briefmarkenvereinerung ab. Der geistliche erste Tag brachte bei gutem Besuche und reger Kaufkraft...

Das neue Jahresprogramm. Während der unternehmungskundigen Direktor Hans E. Sarrazin mit seinem großen Büropersonal und Tierbestand die Reise über den Atlantischen Ozean macht...

Am Montag waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen: 1. Rennen, Größtengalopp, 5000 Meter: 1. Derrlich, 2. Ober, 3. Hartmann...

Schwurgericht. Für die sechste und letzte diesjährige Schwurgerichtsverhandlung sind folgende Verhandlungstermine angelegt worden: Donnerstag, den 6. Dezember, gegen den...

Alte kirchliche Nachrichten. Bezirkskirchlicher Verein, Gruppe Martin-Luther-Gemeinde. Mittwoch, 8. Uhr, Ostbahnhof 20, Ostbahnhof, spricht Pfarrer Rinder...

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

wegen schweren Aufruhrs und gemeinschaftlicher Körperverletzung; Dienstag, den 18. Dezember, gegen den Arbeiter Max Paul Knoch aus Dippoldisdorf wegen schweren Aufruhrs...

Der jassche Doktor. Vergehen nach § 147 der Reichsgewerbeordnung wurde dem Naturheilkundigen Fritz Mangoldt zur Last gelegt. Er hatte auf seinem Firmen...

Gesellschaft für plastische Chirurgie. Sitzungsdinner der Kaufmannschaft. Thema: Redner-Vorträge. 2. Großer Germania-Preis über 5000 Meter...

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Die Überflutung in Italien. Angesichts des bedeutenden Umfangs des Unfalls in Norditalien hat sich König Viktor Emanuel in einem Sonderzuge an Ort und Stelle begeben. Er wird von dem Minister für öffentliche Arbeiten, Carnazza, begleitet...

Wieder ein Stückchen Wild-West in Berlin. In der Nachbarröhre in Berlin war eine Verlobung Schneider in Stellung. Diese lernte in den Südpferden einen jungen Mann kennen, der Harry gerufen wurde...

Ueber einen Raubmord in Hannover, dem ein aus Frankfurt a. M. gebürtiger, 25 Jahre alter Profutur Josef Strauß zum Opfer gefallen ist, wird berichtet: Als der Chef der Holzproduktionsfirma Rabenstein u. Blank nachmittags...

Ein englischer Soldat bei einem Rettungsversuch ertrunken. Bei dem Versuch, ein von der Höhenzollenerbrücke in Köln in den Rhein abgesprungenes deutsches Mädchen zu retten, ist der Soldat des britischen Ingenieurkorps E. J. Young...

Beispiellose Verhöhnung einer ungetreuen Gattin. Vor dem Kriegserlöbte zu Wons hatte sich der belgische Major Spourmont zu verantworten, weil er seine Frau um Tode verurteilte und das Todesurteil selbst vollstreckt hatte...

Die Kosten des japanischen Wiederaufbaus. Die Feuerversicherungsunternehmen in Japan haben sich bereit erklärt, mit Unterstützung der Regierung 10 Prozent der Beträge zu zahlen, die nach dem Erdbeben von ihnen verlangt wurden...

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.

Witterungsbericht der Landeswetterwarte vom 3. Dezember 8 Uhr morgens. Stationen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, etc.



